



NEWSLETTER



KAS MADRID
AUSLANDSBÜRO FÜR SPANIEN UND PORTUGAL

4. DEZEMBER 2013

NEWSLETTER
MADRID AKTUELL
DEZEMBER 2013

THOMAS BERND STEHLING
ADRIAAN KÜHN

www.kas.de/spanien

Nachrichten Spanien:

Ende Bankenrettungsprogramm

Die europäischen Finanzminister haben Mitte November das Ende des spanischen Bankenrettungsprogramms beschlossen – es läuft zum Jahresende aus. Der EFSF hatte Spanien im Juli 2012 – die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen befanden sich auf einem Rekordhoch – 100 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um im Zuge der Immobilienkrise strauchelnde Kreditinstitute zu stützen. Von dieser Kreditlinie hat Spanien rund 40 Milliarden Euro in Anspruch genommen. Zugleich wurden bedeutende Anstrengungen unternommen, den spanischen Finanzsektor zu reformieren. Sparkassen wurden abgewickelt oder fusioniert, eine *bad bank* verwaltet toxische (Immobilien-) Papiere, die Aufsichtsgremien der spanischen Zentralbank wurden gestärkt und *best practice*-Regelungen verabschiedet. Regionalpolitiker haben ihren Einfluss auf die Geschicke der Sparkassen verloren. Gegen einige ehemalige Aufsichtsräte laufen mittlerweile Gerichtsverfahren.

Dennoch teilt nicht jeder die Euphorie der Regierung, die das Ende des Rettungsprogramms als Wiederherstellung der spanischen Fiskalautonomie und Wettbewerbsfähigkeit feiert. Denn nur einen Tag später mahnte die Europäische Kommission in ihrer Evaluierung des spanischen Haushaltsplans, die Sparanstrengungen nicht abzuschwächen – das Defizit sei unverändert (zu)

hoch, die Staatsschulden würden beständig weiter steigen. Sollten jetzt beim neuerlichen EZB-Bankenstresstest neue Risiken in den Bilanzen spanischer Institute auftauchen, könnte sich der Ausstieg nach 18 Monaten als zu voreilig erweisen. Ohne die 60 Milliarden-Reserve der Troika würde dann womöglich wieder über einen kompletten *bail out* Spaniens spekuliert. Die spanischen Banken profitieren von den niedrigen EZB-Zinsen, kaufen damit jedoch mehrheitlich nationale Staatsschuld und lassen die starke Nachfrage insbesondere aus mittelständischen Unternehmen nach Krediten häufig unberücksichtigt.

Gleichwohl sieht eine große Mehrheit im Land den Eurogruppen-Beschluss positiv – parteiübergreifend. Unlängst hatte sich der ehemalige Ministerpräsident Zapatero bei der Präsentation seiner Memoiren gerühmt, dem Drängen Angela Merkels auf die Beantragung finanzieller Hilfe nicht nachgegeben zu haben. Auch Mariano Rajoy möchte das Schicksal Griechenlands und des Nachbarn Portugals unbedingt vermeiden: Den Verlust der Haushaltssouveränität. Aus Brüssel hat Spanien jetzt jedoch ein eindeutiges Signal erhalten: Will das Land die vereinbarten Ziele erreichen, muss der Austeritätsskurs fortgesetzt werden. Das ist eine kalte Dusche für die Regierung, die zur Mitte der Legislaturperiode mit der Ankündigung von Steuersenkungen reformmüde Wähler zurückgewinnen will.

Eigentlich sollte es bei der "Politischen Konferenz" der spanischen Sozialisten, die am zweiten Novemberwochenende in Madrid abgehalten wurde, um die für nächstes Jahr geplanten Vorwahlen gehen. Angesichts andauernd schlechter Umfragewerte, einer Führungsdebatte und dem drohenden Schisma der katalanischen Schwesterpartei entschieden führende Funktionäre jedoch, das (nächste) Streitthema *primarias* zu vertagen. Stattdessen versuchte sich die PSOE als "soziales Gewissen" im Parteienspektrum zu inszenieren: Generalsekretär und Ex-Innenminister Rubalcaba räumte "Fehler" während der Regierungszeit Zapatero ein und kündigte an, dass sich die PSOE bis zu den Parlamentswahlen 2015 die "Bekämpfung der Ungleichheit" auf die Fahne schreiben werde. Nach der Schuldenbremse soll nun ein "Garantiefonds Wohlfahrtsstaat" in die Verfassung aufgenommen werden. Die Steuern für Reiche sollen nach dem Willen der Delegierten steigen, Geringverdiener keine Einkommensteuer mehr zahlen. Die staatliche Kirchenfinanzierung steht ebenfalls auf dem Prüfstand, das Konkordat mit dem Vatikan müsse neu verhandelt werden. Rubalcaba und Pepe Navarro, der Chef des katalanischen Sozialisten, demonstrierten Eintracht, obwohl sich die PSC vom PSOE-Föderalismusmodell wenig überzeugt zeigt. Die PSC ist gegen eine Unabhängigkeit Kataloniens, aber für die Abhaltung eines Referendums – dies lehnt die sozialistische Führung in Madrid jedoch ab.

Reaktionen auf Koalitionsvereinbarung

Die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD in Deutschland wurden in der spanischen Presse aufmerksam

verfolgt. Zum Koalitionsvertrag bilanziert Spaniens auflagenstärkste Tageszeitung El País, sonst kritisch gegenüber der deutschen Europapolitik: "In diesen unruhigen Zeiten ist die Stabilität, welche die Vereinbarung garantiert, und die Aussicht, dass beide Parteien gemeinsame Ziele verfolgen, beruhigend für die Bürger". Die liberale El Mundo schreibt unter der Überschrift "Merkel und die SPD zeigen Reife": "Vor allem die SPD zeigt Verantwortung, sie hätte mathematisch eine Allianz mit Grünen und radikaler Linken eingehen können." Die konservative ABC betont den Konsenscharakter der deutschen Demokratie: "Dieses Verständnis von Politik und Pakten, gegenseitige Zugeständnisse inklusive, erklärt, warum Deutschland Europa führt". Sie ergänzt: "Von dieser Vernunft ist Spanien Lichtjahre entfernt". Für La Razón ist der Koalitionsvertrag "eine gute Nachricht für Europa". Die Bundesrepublik hätte das Glück, "eine konstruktive und verantwortungsvolle Opposition" zu haben, die angesichts großer Herausforderungen Stabilität garantiert.

Nachrichten Portugal:

Portugal und die Troika

In Portugal mehren sich die Stimmen, die jetzt schon fordern, dem irischen und spanischen Beispiel zu folgen und aus dem Hilfsprogramm der Troika mit seinen tiefgreifenden Auflagen auszustiegen. Auch hier sind die Gründe mehr politischer Art. Demgegenüber stehen Warnungen, bis zum Ende der regulären Laufzeit Ende Juni 2014 könne noch viel geschehen.

Dafür sorgt nicht zuletzt der Präsident der Republik, Cavaco Silva, der erneut

einen Sparbeschluss der Regierung dem Verfassungsgericht vorgelegt hat. Diesmal geht es um die Kürzung von Pensionen ehemaliger Staatsbediensteter um rund 10%, wenn sie 600 Euro übersteigen. Zuvor hatte das Verfassungsgericht bereits andere Beschlüsse der Regierung gekippt, Kürzungen bei den Pensionen vorzunehmen. Die Zweifel wachsen deshalb, ob es Portugal gelingen wird, das Defizit 2014 unter 4% des BIP zu senken.

Gleichwohl setzt die Regierung von Pedro Passos Coelho ihre Anstrengungen fort. Dazu gehören auch die Privatisierung der portugiesischen Post sowie ein Vorentwurf zur Reform der Körperschaftssteuer. Sie soll 2014 von derzeit 25% auf 20% und bis 2018 auf einen Steuersatz zwischen 17% und 19% abgesenkt werden.

Festzuhalten bleibt auch, dass nach Berechnungen der OECD durch die Maßnahmen der PSD-CDS-Regierung die Kosten der Altersversorgung gemessen am BIP von 2020 an deutlich sinken und unter dem europäischen Durchschnitt liegen werden.

Zu den erfreulichen Nachrichten aus Portugal gehört, dass erstmals seit Jahren die Zahl der Betriebsneugründungen die Zahl der Insolvenzen übersteigt und die Arbeitslosigkeit leicht auf 15,7% zurückgegangen ist. Dies ist nicht zuletzt auch auf eine außergewöhnlich erfolgreiche Tourismussaison zurückzuführen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien